

Im Rahmen des diesjährigen Beamtenforums forderte ver.di gemeinsam mit GEW , GdP und dem DGB die rot-grüne Landesregierung auf, die Beamtinnen und Beamten des Landes Niedersachsen fairer zu besolden.

Im Anschluss an informative und kritische Fachvorträge von Prof. Schubert (Leuphana Universität Lüneburg/ver.di Bundesverwaltung) und Prof. Hebler (Universität Trier) zu Fragen der Alimentation und des Beamtenstreikrechts im Lichte der höchstrichterlichen Rechtsprechung kritisierten die rund 80 Veranstaltungsteilnehmer im Rahmen einer Podiumsdiskussion unzureichende Beteiligung und fehlende Wertschätzung.

Auf besondere Kritik stieß der Umstand, dass das Land seit zwei Jahren die Besoldung der LandesbeamtInnen bereits vor der Tarifrunde für die Angestellten der Länder festlegt.

Die Besoldung koppelt sich damit von den Tarifentwicklungen der Länder ab.

Daraus ergeben sich finanzielle Benachteiligungen für die rund 121.000 niedersächsischen LandesbeamtInnen, die 195.000 VersorgungsempfängerInnen und zahlreiche AnwärterInnen.

Zudem erwachsen dem Land dadurch Standortnachteile gegenüber anderen Bundesländern.

Die Gewerkschaften forderten die Landesregierung auf, die Besoldung der Landesbeamten mit den Gewerkschaften zu verhandeln.

Der Tarifrunde vorzugreifen und Besoldung und Versorgung von Landesbeamten nach Gutsherrenart zu diktieren, sei unerträglich und Ausdruck mangelnder Wertschätzung.

Insoweit sagte auch Detlef Ahting, Landesbezirksleiter ver.di Niedersachsen-Bremen: „Der Grundsatz Verhandeln statt Verordnen ist unverzichtbarer Bestandteil und Ausdruck eines demokratischen Beamtenrechts. Wir wollen, dass die Beamten stärker beteiligt werden. Das ist längst überfällig. Deshalb brauchen wir im Beamtenrecht eine zeitgemäße Vertragskultur.

Beamte wollen auf gleicher Augenhöhe mit ihrem Arbeitgeber verhandeln. Eine einseitige Besoldungserhöhung, zudem noch vor Abschluss der Tarifrunde der Länder, werden wir im nächsten Jahr nicht akzeptieren.“